



[www.polizei.nrw.de](http://www.polizei.nrw.de) :Innere Sicherheit

# Landespreis für Innere Sicherheit

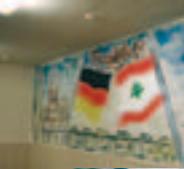
*Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen*

## Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen/Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen/Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.



# Inhalt

Vorwort .....	4
Der Wettbewerb .....	6
Ordnungspartnerschaft Essen: „Miteinander der Kulturen – Polizei im Dialog“ .....	8
Ordnungspartnerschaft Düren: „Sichere Verkehrsteilnahme – Reduzierung von Motorradunfällen in der Eifel“ .....	10
Ordnungspartnerschaft Wuppertal/ Remscheid/Solingen: „Zahn um Zahn – Verkehrs- Erziehungs-Partnerschaft für Vorschulkinder“ .....	12
Ordnungspartnerschaft Mönchengladbach: „JIT – Präventive Intervention bei jugendlichen Intensivtätern“ .....	14
Ordnungspartnerschaft ZeRP: „Zentralstelle für Regionales Sicherheitsmanagement und Prävention – Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr“ .....	16
Ordnungspartnerschaften: Gemeinsam zum Ziel .....	18
Chronik: Ordnungspartnerschaften in NRW .....	22
Impressum .....	24



# Vorwort



Für die Lebensqualität der Menschen in einer demokratischen Gesellschaft sind Öffentliche Sicherheit und Ordnung von entscheidender Bedeutung. Neben Polizei und Politik können gesellschaftliche Gruppen und Verbände, Städte und Gemeinden sowie Bürgerinnen und Bürger die Rahmenbedingungen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sinnvoll mitgestalten. Sie kennen die konkreten Probleme vor Ort und können praktikable Lösungen finden.

Landesweit zeigt eine Vielzahl von Projekten eindrucksvoll, dass die so genannten Netzwerke zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit – Ordnungspartnerschaften – praktikable Lösungen für erkannte Sicherheitsprobleme im Interesse der Bürgerinnen und Bürger erarbeiten und umsetzen. Diese Initiativen machen deutlich, dass der gemeinsame verantwortliche Einsatz für mehr Schutz und Sicherheit von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen wird. Die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger geht jeden an. Was alle angeht, kann am wirksamsten gemeinsam gelöst werden.

Der Landespreis für Innere Sicherheit stellt die Netzwerke vor und zeichnet diejenigen aus, die sich in der Praxis erfolgreich bewährt haben. Damit will das Land Nordrhein-Westfalen einen Anreiz schaffen, eigeninitiativ konkrete Probleme mit anderen anzugehen oder anderen Ideen für neue Netzwerke zu geben. Diese Netzwerke für öffentliche Sicherheit sind ein fester Bestandteil einer besseren Lebensqualität in Nordrhein-Westfalen.

Ich rufe alle Verantwortungsträger auf, sich an diesen Ordnungspartnerschaften zu beteiligen, neue Netzwerke zu gründen oder praxisbewährte Ideen zu unterstützen. Sie leisten damit Ihren Anteil, die objektive Sicherheitslage und das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger in NRW und damit die Lebensqualität zu verbessern.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Ingo Wolf'.

Dr. Ingo Wolf MdL  
Innenminister des Landes  
Nordrhein-Westfalen

## Die drei ausgezeichneten Ordnungspartnerschaften des Wettbewerbs 2004



### Der Wettbewerb 2004

Zehn Städte und Kreise hatten sich mit insgesamt 16 Projekten für den Landespreis „Innere Sicherheit – Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen“ beworben. Die fachlich besetzte Jury prüfte und bewertete alle 16 Ordnungspartnerschaften auf ihre Zielerreichung, Originalität und Wirtschaftlichkeit und schlug schließlich drei Ordnungspartnerschaften zur Auszeichnung vor.

Ausgezeichnet wurden die Ordnungspartnerschaften:

- Gelsenkirchen „Erhöhte Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr“
- Essen „Gemeinsam aktiv für Essen – Kooperation statt Konfrontation“
- Münster „Graffiti – Auch mal andere Wege gehen“

Weitere Informationen zu den Preisträgern 2004 und des Vorjahres 2003 finden sie im Internet unter [www.polizei.nrw.de](http://www.polizei.nrw.de).



## Der Wettbewerb 2005

Im Dezember 2005 wurde der Landespreis für „Innere Sicherheit – Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen“ zum dritten Mal vergeben. Mit diesem Wettbewerb bietet sich seit 2003 allen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Institutionen und Behörden ein Anreiz, ihre Projektideen und ihre Erfahrungen aus Ordnungspartnerschaften untereinander auszutauschen und sie der Öffentlichkeit vorzustellen.

Um den Landespreis „Innere Sicherheit – Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen“ haben sich insgesamt 23 Städte, Behörden und Institutionen mit 26 Projekten beworben.

Wie in den Vorjahren erfolgte die Auswahl der Preisträger durch eine fachlich besetzte Jury, der Vertreterinnen und Vertreter des Landespräventionsrates NRW, des ADAC sowie des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen angehörten. Alle 26 Projekte wurden auf ihre Zielerreichung, Originalität und Wirtschaftlichkeit geprüft und bewertet. Aus den eingegangenen Bewerbungen

sind letztlich fünf Ordnungspartnerschaften zur Auszeichnung vorgeschlagen worden.

Ausgezeichnet wurden die Ordnungspartnerschaften:

- Essen „Miteinander der Kulturen – Polizei im Dialog“
- Düren „Sichere Verkehrsteilnahme – Reduzierung von Motorradunfällen in der Eifel“
- Wuppertal/Remscheid/Solingen „Zahn um Zahn – Verkehrs-Erziehungs-Partnerschaft für Vorschulkinder“
- Mönchengladbach „JIT – Präventive Intervention bei jugendlichen Intensivtätern“
- Zentralstelle für Regionales Sicherheitsmanagement und Prävention „ZeRP – Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr“

Weitere Informationen zu den ausgezeichneten Ordnungspartnerschaften finden Sie im Internet unter [www.polizei.nrw.de](http://www.polizei.nrw.de).

## Landespreis für Innere Sicherheit

Zehn Städte und Kreise haben sich mit insgesamt 16 Projekten für den Landespreis "Innere Sicherheit - Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen 2004" beworben.

## Teilnehmer am Wettbewerb:

Aachen / Kerkrade	Grenzüberschreitende Sicherheits- und Ordnungspartnerschaft in der Euregio Maas / Rhein
Neheim, Hochsauerlandkreis	Ordnungspartnerschaft in Arnsberg „Sichere Innenstadt Neheim“
Gütersloh	Sicher Wohnen – Schutzgemeinschaft Sicheres Haus
Düren	Sichere Verkehrsteilnahme – Reduzierung von Motorradunfällen in der Eifel
Neuss, Meerbusch	Teilprojekte: 1. Top oder Flop – Alcopop 2. „Gestrandet“ – Theaterprojekt für alle 8. Klassen der Meerbuscher Schulen zur Problematik „Mobbing und Gewalt“ 3. Sichere Verkehrsteilnahme von Schülern der städtischen Schulen 4. Training soziale Kompetenz für die 1. und 2. Grundschulklasse
Düren	„Cool im Konflikt – Netzwerk zur Gewaltprävention im Kreis Düren“
Mülheim a. d. Ruhr	Verbesserung des Verhältnisses zwischen Jugendlichen und Polizei
Minden-Lübbecke, Espelkamp	Aktion Zivilcourage „Wer nichts tut, macht mit!“
Oberbergischer Kreis, Waldbröl	„Miteinander Bärenstark“ ...die Schule, die den Frieden mag
Wuppertal/Remscheid/Solingen	„Zahn um Zahn“ – Verkehrs-Erziehungs-Partnerschaft für Vorschulkinder
Ennepe-Ruhr-Kreis, Ennepetal	Selbstsicherheit- und Konflikttraining für Mädchen
Warendorf, Beckum	Kriminalprävention an Schulen
Neuss, Korschenbroich	Top oder Flop – Alcopop
Essen	Miteinander der Kulturen – Polizei im Dialog
Steinfurt, Rheine	Beratungsbüro „Safe & Co.“ – Mehr Sicherheit in der Stadt
Mönchengladbach	JIT – Präventive Intervention bei jugendlichen Intensivtätern
Kleve, Kevelaer	Kevelaer – unverwechselbar sicher und unverwechselbar sauber
Köln	Verlagerung eines Straßenstrichgebietes
Neuss, Jüchen	Runder Tisch Jüchen-Hochneukirch – Förderung der Integration von Spätaussiedlern und Migranten
Viersen, Nettetal	Mitarbeit von Ordnungshelfern / Verwaltungshelfern
Unna	Häusliche Gewalt
Rhein-Sieg-Kreis, Troisdorf	Troisdorf – Sicher ist Sicher
Zentralstelle für Regionales Sicherheitsmanagement und Prävention (ZeRP)	ZeRP – Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr



## Ordnungspartnerschaft Essen: „Miteinander der Kulturen – Polizei im Dialog“

Im Jahr 1995 wies der Stadtteil Katernberg eine der höchsten Kriminalitätsbelastungen in ganz Essen auf. Die so genannte Straßenkriminalität, insbesondere Bandenbildungen und damit verbundene Raubüberfälle, stieg an. Ausländische Kinder und Jugendliche waren in diesem Zusammenhang dominierend, begleitet von deutschen Mitläufern. Da sie in größeren Gruppen auftraten, gestalteten sich die Einsatzsituationen für die einschreitenden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten immer schwieriger. Aggressivität und Provokation richteten sich unmittelbar gegen sie, die Gesamtsituation drohte zu eskalieren.

Es musste etwas geschehen. Die Polizei erkannte schnell, dass das Spannungsfeld nur durch eine zielgerichtete und gemeinsam organisierte Präventionsarbeit in einem Netzwerk aufgehoben werden konnte.

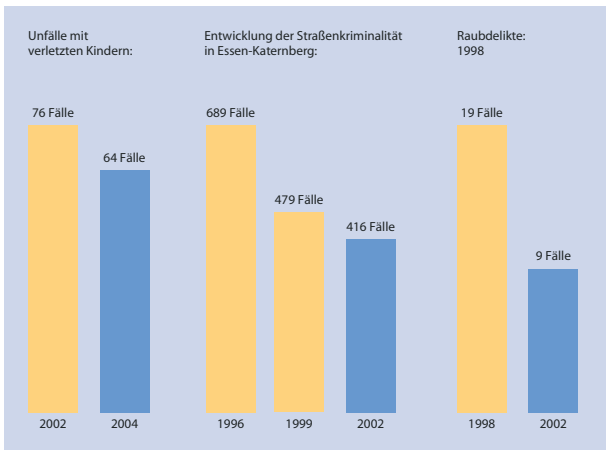
Sie suchte Verbündete und wurde bei den örtlichen Moscheevereinen fündig. Die muslimischen Gemeinden signalisierten Bereitschaft zur Kooperation und waren

bereit, durch intensive Kontakte eine Vertrauensbasis zu schaffen. Gemeinsam mit der Arbeiterwohlfahrt (AWO), dem Jugendamt, Schulen, Jugendhäusern, Kindertagesstätten, Kirchengemeinden und privaten Vereinen wurden diese Probleme im Rahmen des „Jugendhilfe-Netzwerk Katernberg“ angegangen.

Zusätzlich wurde auf Seiten der Polizei reagiert. Zwei Sachbearbeiter des Bereichs „Jugendkriminalität“ wurden hauptsächlich für die Bearbeitung von Delikten in Schulen und im schulischen Umfeld eingesetzt. Das Neue war, dass sie dabei deliktsunabhängig und somit personenbezogen arbeiteten. Die Kinder und Jugendlichen trafen auf diese Weise immer wieder auf dieselben Polizeibeamten.

Die beiden Beamten nahmen zum Beispiel in Absprache mit den Schulleitungen und mit richterlichem Beschluss jugendliche Straftäter „öffentlich“, d. h. während des Unterrichts, fest. Um die Schüler mit diesem gewollt ab-





schreckenden Erlebnis nicht „allein“ zu lassen, folgten in den Schulen gemeinsame Informationsveranstaltungen von Polizei, AWO und Moscheevereinen. Diese hatten das Ziel, die Jugendlichen über die Folgen ungesetzlichen Handelns aufzuklären und so Verhaltensänderungen herbeizuführen.

Mit diesem Ziel gingen auch die Vorbeter der Moscheevereine zusammen mit den Polizeibeamten in Familien, wirkten aufklärend mit und verwiesen auf die Koraninhalte, die strafbares Handeln ausdrücklich verbieten.

Schulprobleme wurden erörtert und über die Straftaten der Kinder und Jugendlichen mit den oftmals ahnungslosen Eltern geredet.

Ergänzend fanden in den Moscheen und Jugendhäusern Vortragsreihen zu Themen wie z. B. „Gewalt gegen Kinder und Frauen“ und „Polizeiliches Einschreiten in Fällen häuslicher Gewalt“ statt.

Durch die erfolgreiche Zusammenarbeit aller Beteiligten konnte die Bereitschaft unter den Kindern und Jugendlichen, gesetzeskonform zu leben bzw. Reue zu zeigen und sich selbst zu stellen, deutlich erhöht werden. Ein Beleg dafür ist die deutlich gesunkene Zahl der Straftaten.

Mehr Informationen zur Ordnungspartnerschaft Essen finden Sie im Internet unter [www.polizei.nrw.de](http://www.polizei.nrw.de).





Fuß vom Gas-  
Eifeltour  
macht trotzdem Spaß

10

## Ordnungspartnerschaft Düren: „Sichere Verkehrsteilnahme – Reduzierung von Motorradunfällen in der Eifel“

Im Jahr 2001 verunglückten in den Eifelkommunen Heimbach, Hürtgenwald und Nideggen 43 Kradfahrer. Im Folgejahr erhöhte sich die Zahl der Verunglückten sogar auf 62 und die Tendenz zu mehr Motorradunfällen war absehbar, da angesichts veränderten Freizeitverhaltens zukünftig mit noch deutlich mehr Motorradfahrern in der Eifel zu rechnen war.

So war es nicht verwunderlich, dass die Bevölkerung und auch die kommunale Politik Streckensperrungen zur Reduzierung der Kradunfälle und des Motorradlärms in der Eifel forderten. Einer Sperrung einzelner Eifelstrecken konnte die Polizei allerdings nicht zustimmen, da dieser neben den unerwünschten Effekten der Verdrängung auch erhebliche rechtsstaatliche Bedenken entgegen standen.

Die Lösung der Probleme wurde schließlich mit der Gründung der Ordnungspartnerschaft „Sichere Verkehrsteilnahme – Reduzierung von Motorradunfällen in

der Eifel“ erreicht. Im Rahmen eines Aktionsplanes gingen die Ordnungspartner erfolgreich nach einem „3-Säulen-Modell“ vor. Das Projekt wurde dabei durch die Universität Duisburg-Essen wissenschaftlich begleitet.

Der Aktionsplan sah mit der „1. Säule“ die Einbindung der betroffenen Bevölkerung und der Schulen als qualitatives und tragendes Element vor. Davon ausgehend, dass Verhaltensänderungen beim Motorradfahrer nur über Akzeptanz eine positive Wirkung entfalten können, wurde ein konstruktiver Dialog zwischen den Betroffenen vermittelt.

Begleitend zur ersten und tragenden Säule wurden im Rahmen der „2. Säule“ weitere Ordnungspartner gewonnen, die in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen aktiv mitwirkten. Dazu gehörten u. a. Vertreter der Motorradfahrer, die die Botschaften und Ideen der Polizei und aller anderen Ordnungspartner an Motorradfahrer vermittelten.



Mit der „3. Säule“ folgten an den erkannten Unfallbrennpunkten der Eifel repressive Unterstützungsmaßnahmen der Polizei Düren. Das waren z. B. der Einsatz von Videoüberwachungsfahrzeugen bei der Geschwindigkeitskontrolle oder gezielte Großverkehrskontrollen der Bereitschaftspolizei.

Neben den repressiven Maßnahmen wurden aber auch zielgerichtete präventive Aktionen durchgeführt. Bezeichnend dafür ist der engagierte Einsatz der betroffenen Bevölkerung in den jeweiligen „Partnergemeinden“ mit ihren selbstgefertigten Plakaten an den stark unfallbelasteten Strecken. In gemeinsamen Aktionen aller Ordnungspartner wurden die Plakate „enthüllt“ und damit die Botschaften freigegeben. Alle Motorradfahrer wurden zudem zum aktiven Dialog aufgefordert, so dass in der Folge eine Vielzahl von Veranstaltungen zwischen den Ordnungspartnern und den Motorradfahrern stattfanden. Besonders engagiert eingebracht haben sich bei den Dialogveranstaltungen gegen Verkehrslärm und Motorradunfälle in der Eifel die Bürgerinitiativen aus Vossenack und Nideggen.

Die abgestimmten Maßnahmen der Akteure haben Wirkung gezeigt. So ist die Zahl der Motorradunfälle seit dem Start der Ordnungspartnerschaft im Bereich der

Eifelkommunen Nideggen, Hürtgenwald und Heimbach kontinuierlich zurückgegangen. Wies die Unfallstatistik im Jahr 2003 noch 57 Motorradunfälle auf, so ist in diesem Jahr ein weiterer Rückgang auf nur noch 42 Unfälle zu verzeichnen.

	2002	2003	2004	2005
Heimbach	30	26	12	15
Hürtgenwald	18	13	13	16
Nideggen	14	18	22	11
Gesamt Eifel	62	57	47	42

Mehr Informationen zur Ordnungspartnerschaft Düren finden Sie im Internet unter [www.polizei.nrw.de](http://www.polizei.nrw.de).





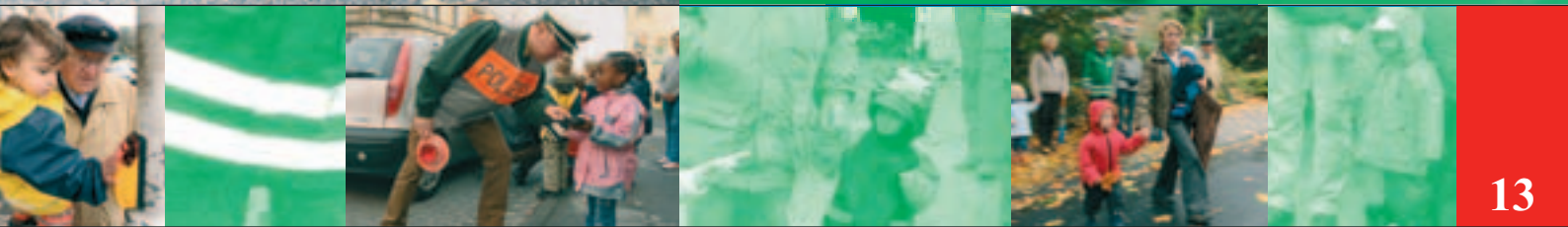
## Ordnungspartnerschaft Wuppertal / Remscheid / Solingen: „Zahn um Zahn – Verkehrs-Erziehungs-Partnerschaft für Vorschulkinder“

Im Jahr 1997 ereigneten sich im Bereich des Polizeipräsidiums Wuppertal 472 Verkehrsunfälle mit Kindern unter 15 Jahren. Damit lag deren Unfallbeteiligung deutlich über dem Landesschnitt. Da weder örtliche Brennpunkte, noch bauliche Ursachen auszumachen waren, entwickelte die Verkehrssicherheitsberatung der Polizei im Jahr 1998 den Gedanken, gemeinsam mit möglichst vielen Verantwortungsträgern eine schlüssig verzahnte Verkehrssicherheitsarbeit für Kinder zu gestalten, die auf das Verkehrsverhalten von Erwachsenen und Kindern abzielt. Es entwickelte sich ein Netzwerk, welches heute einem gut funktionierenden Getriebe gleich „Zahn um Zahn“ ineinander greift.

Die Grundlage des Netzwerkes bildet eine engere Zusammenarbeit der Polizei mit den Erzieherinnen und Erziehern im Vorschulbereich. Zu diesem Zweck wurden mit den Trägern von Vorschuleinrichtungen entspre-

chende Modalitäten und Inhalte für Fortbildungsseminare erarbeitet. Es wurden dabei neue, praxisnahe Ideen entwickelt, wie Verkehrssicherheitsthemen kind- und elterngerecht weitergegeben werden können. Die Angebote wurden schließlich in die jeweiligen Fortbildungskalender aufgenommen. Auch die Ausbildung junger Erzieherinnen und Erzieher wurde um das Thema Verkehrssicherheit erweitert. So gelang der Brückenschlag vom schulischen Wissen zur konzeptionellen Erarbeitung eines Kindergartenalltags mit verkehrserzieherischer Gewichtung.

Als die wichtigsten Partner mit besonderer Verantwortung und beinahe „unerschöpflichen“ Möglichkeiten, gelten die Eltern und andere Bezugspersonen. Schließlich sind sie an 365 Tagen im Jahr auch die „eigentlichen“ Verkehrserzieher ihrer Kinder. Die Ausrichtung einer effektiven Verkehrserziehungs-

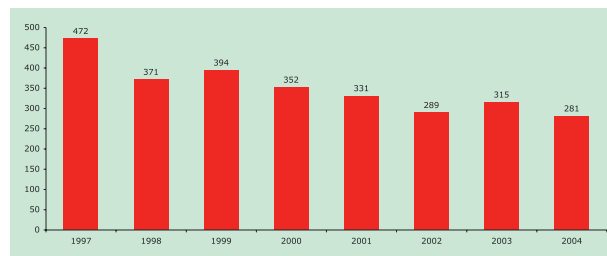


arbeit kann deshalb auf die konsequente Einbeziehung der Eltern nicht verzichten. Das hat die Ordnungspartnerschaft beachtet.

Die Zusammenarbeit der Polizei mit verschiedenen städtischen Fachabteilungen wurde intensiviert, u. a. in dem Aktionsteam „Achtung Kinder“. Gemeinsam mit weiteren Kooperationspartnern wie dem ADFC, den örtlichen Verkehrswachen und den Verkehrsbetrieben wurden konzertierte Aktionen vorbereitet und umgesetzt. So bieten beispielsweise die Verkehrsbetriebe in direkter Zusammenarbeit mit den Vorschuleinrichtungen Trainingsmöglichkeiten zur sicheren Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs an. Ein besonderer Baustein im Netzwerk ist das Solinger Puppentheater „Violetta“, das ein Verkehrsstück entwickelte, mit dem die Einrichtungen der Region ihre Verkehrssicherheitsarbeit ergänzen können.

Die Erfolge dieser Erziehungspartnerschaft sind in einem 7-jährigen, kontinuierlichen Prozess der kleinen Schritte auf vielen Ebenen realisiert worden und haben die Zahl der verletzten Kinder bei Verkehrsunfällen von 472 auf 281 im Jahr 2004 gesenkt. Durch

die erheblich gesteigerte Elternbeteiligung in dem Verkehrserziehungsprozess – heute rund 75% – wurde eine Nachhaltigkeit in der verkehrsgerechten Verhaltensbeeinflussung der Kinder erreicht. Die Bausteine dieser erfolgreichen Ordnungspartnerschaft belegen, dass der gesamtgesellschaftliche Ansatz in Wuppertal, Solingen und Remscheid gelebte Wirklichkeit ist.



Und neue Bausteine sind in Sicht ...

Mehr Informationen zur Ordnungspartnerschaft Wuppertal/Remscheid/Solingen finden Sie im Internet unter [www.polizei.nrw.de](http://www.polizei.nrw.de).





## Ordnungspartnerschaft Mönchengladbach: „JIT – Präventive Intervention bei jugendlichen Intensivtätern“

Seit 2001 stieg im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Mönchengladbach die Zahl und die Delinquenzqualität der jugendlichen Mehrfachatverdächtigen deutlich an. Im Jahr 2003 war die Spitze der Negativentwicklung erreicht. Allein 56 Jugendliche waren für insgesamt 658 Straftaten verantwortlich! Umgerechnet waren das 36 % der gesamten Jugendkriminalität Mönchengladbachs.

Die Tendenz zum Einstieg in ähnliche kriminelle „Intensiv-Karrieren“ konnte zudem bei anderen Jugendlichen beobachtet werden.

Die Spitzen von Stadtverwaltung, Staatsanwaltschaft und Polizei waren aufgefordert gemeinsam und abgestimmt zu handeln. Sie machten deshalb die Angelegenheit zur „Chefsache“ und riefen im August 2003 das Interventionsprogramm: Jugendliche Intensivtätern – kurz „JIT“ genannt, ins Leben. Das Ziel des Projektes „JIT“ war es, das Entstehen von kriminellen Karrieren bei jugendlichen Intensivtätern zu verhindern und das

weitere Ansteigen der Kriminalitätsrate nachhaltig zu unterbinden.

Als eine der ersten gemeinsamen Maßnahmen wurden so genannte Gefährderansprachen mit allen jugendlichen Intensivtätern und ihren Erziehungsberechtigten durchgeführt. Die Reaktionen der Eltern waren in der Mehrzahl positiv. Oftmals waren sie froh, dass ihnen konkrete Hilfe angeboten wurde und dass die Behörden konsequent alle ihre Möglichkeiten ausschöpften. „Sage, was du tust, und tue was du sagst“ – lautete hierbei die Handlungsdevise.

Jugendamt, Jugendgerichtshilfe, Sozialer Dienst und Polizei haben in der Ordnungspartnerschaft zwar eine unterschiedliche Aufgabenstellung, aber das Ziel, die Jugendlichen aus ihren „kriminellen Karrieren“ herauszuführen, ist gleich. Dabei bleibt heute festzustellen, dass die gemeinsame und eng vernetzte Zusammenarbeit im Interventionskonzept „JIT“ die Behörden



Justizministerium  
des Landes  
Nordrhein-Westfalen

NRW.



nicht in ihren Möglichkeiten eingeschränkt hat. Im Gegenteil, einzelne abgestimmte Maßnahmen gewannen sogar gerade durch die enge Zusammenarbeit an Wirkung.

Auch die Einbindung bestimmter Dezernentinnen und Dezernenten als feste Ansprechpartner der Staatsanwaltschaft Mönchengladbach förderte die Zusammenarbeit und trug letztlich dazu bei, dass die Bearbeitungszeit der Ermittlungsvorgänge von der Strafanzeige bis zur Abgabe an das Jugendgericht um die Hälfte verkürzt werden konnte.

Bislang befanden sich insgesamt 57 Jugendliche im Konzept „JIT“, derzeit (Stand Oktober 2005) sind es noch 25 Jugendliche. Von den 32 Jugendlichen, die aus dem Projekt ausgeschieden sind, hatten vier die Altersgrenze erreicht, sieben sind aus Mönchengladbach weggezogen und drei Jugendliche verbüßen derzeit eine längere Haftstrafe. Achtzehn Jugendliche schieden aus dem Interventionsprogramm aus, weil bei ihnen eine günstige Prognose erstellt werden konnte.

Die Ergebnisse der bisherigen Arbeit können sich sehen lassen! So ging die „Mehrfachtatverdächtigenbelastungs-

zahl“ in 2004 im Vergleich zu 2003 bei den 14- bis 18-Jährigen um 45,88 % zurück. Bei den 8- bis unter 14-Jährigen betrug der Rückgang gar 74,44 %. Ein Zeichen, dass die Ordnungspartnerschaft gegen die eigentliche Zielgruppe der 14- bis 18-Jährigen auch im Umfeld deutliche Wirkung zeigte. Selbst bei den 18- bis unter 21-jährigen jungen Erwachsenen betrug der Rückgang noch 36,19 %. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der Kriminalstatistik können für das Jahr 2005 weitere Rückgänge prognostiziert werden.

Alle Beteiligten erklärten übereinstimmend, dieses äußerst erfolgreiche Projekt weiter auszubauen und fortzuführen.

Mehr Informationen zur Ordnungspartnerschaft Mönchengladbach finden Sie im Internet unter [www.polizei.nrw.de](http://www.polizei.nrw.de).





## Ordnungspartnerschaft: „ZeRP – Zentralstelle für Regionales Sicherheitsmanagement und Prävention“

Fahrgäste im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) fühlen sich da nicht wohl, wo gepöbelt, gerempelt, geschmiert, gebettelt, zerstört oder gar bedroht wird. Bürgerinnen und Bürger, Fahrgäste, Fahrerinnen und Fahrer haben solche Vorfälle im täglichen Nahverkehr erlebt oder beobachtet und diese häufig auch den jeweils zuständigen Trägern des ÖPNV und der Polizei gemeldet. Allerdings gab es bis zum Jahr 1998 in Nordrhein-Westfalen nur einen sehr begrenzten Austausch über die objektive und subjektive Sicherheitslage im ÖPNV. Ein schnelles und koordiniertes Vorgehen war deshalb aus Mangel an verfügbaren Informationen nicht möglich.

Um gemeinsam die Sicherheit und den Service für die Fahrgäste zu erhöhen, schlossen sich einer Empfehlung des Innenministeriums NRW folgend im Oktober 1998 Träger des ÖPNV mit Verantwortlichen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zur Zentralstelle für Regionales Sicherheitsmanagement und Prävention zusammen (ZeRP).

Wesentliche Bestandteile der nun seit sieben Jahren bestehenden Kooperation sind der regelmäßige Austausch von lokalen, regionalen Informationen und Erfahrungen, die Erfassung, die Aufbereitung und der Austausch von Sicherheitsereignis- und Risikostrukturdaten für die Erstellung von speziellen Lagebildern im regionalen ÖPNV. Diese sind wiederum Grundlage für die Erarbeitung und Umsetzung von Präventionsstrategien und Einsatzkonzeptionen durch die lokalen Ordnungspartner.







Ein wichtiges Instrument innerhalb der ZeRP-Kooperationsgemeinschaft ist eine web-gestützte Datenbank, in die alle Partner sicherheitsrelevante Ereignisdaten einpflegen. Fahrgastinformationen fließen zusätzlich über das Internet und eigens entwickelte Meldebögen ein. Zumeist handelt es sich dabei um „Vorstufen zu Straftaten“, z. B. Störungen durch alkoholisierte Personen. Aus den Meldungen werden regionale und lokale Lagebilder erstellt. So erkannte Linien- und Haltestellenschwerpunkte werden durch gemeinsam abgestimmte Maßnahmen der Ordnungspartner gezielt „entschärft“.

Neben dem gemeinsamen Arbeitskreis, der regelmäßig Handlungsempfehlungen für die lokalen Ordnungspartnerschaften und die einzelnen Ordnungspartner erarbeitet und weitergibt, wurden Facharbeitskreise zu den Schwerpunktthemen „Gefahrenpotentiale im ÖPNV“, „Graffiti und Vandalismus“ und „Presse- und Informationsarbeit“ eingerichtet.

„Prävention vor Repression“ lautet der Grundsatz, nach dem verschiedene themenbezogene Projekte angestoßen und umgesetzt (z. B. „Jugend + Graffiti“) bzw. bestehen-

de Projekte unterstützt (z. B. „Jugendliche Fahrgastbegleiter“) werden.

Ein wichtiges Element sind die gemeinsam initiierten Sicherheitstage in Städten der beteiligten Ordnungspartner. Dort gibt es einen regen Informationsaustausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Fahrgästen, Organisationen und den Partnern der ZeRP.

Die Aktivitäten der Zentralstelle für Regionales Sicherheitsmanagement und Prävention haben bei konkreten Projekten zu sichtbaren Erfolgen in den Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens geführt.

Mehr Informationen zur Ordnungspartnerschaft ZeRP finden Sie im Internet unter [www.polizei.nrw.de](http://www.polizei.nrw.de).





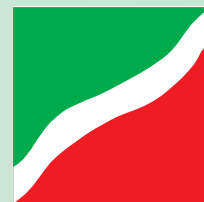
## Ordnungspartnerschaften: Gemeinsam zum Ziel

Die Situation in den Innenstädten spielt in der Wahrnehmung von Sicherheit eine wesentliche Rolle. Bürgerbefragungen durch Polizeibehörden, Städte und andere Organisationen zeigen, dass sich Bürgerinnen und Bürger mehr Präsenz und Ansprechbarkeit der zuständigen Behörden wünschen.

Kommt es zu Beeinträchtigungen der Sicherheit in Innenstädten hat dies häufig komplexe Ursachen und Wirkungen. Eine Lösung der Probleme muss deshalb diese Komplexität durch ein gemeinsam abgestimmtes und lokales Handlungskonzept möglichst aller Beteiligten berücksichtigen.

Die Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung erfordert den Einsatz sowohl von Ordnungspartnerschaften als auch von Kriminalpräventiven Räten. Eine sinnvolle Strategie muss daher beide Ansätze umfassen. Kriminalpräventive Räte und Ordnungspartnerschaften wirken komplementär und konkurrieren nicht miteinander.

Ordnungspartnerschaften sind das Dach, unter dem Aufgaben- und Entscheidungsträger Projekte unmittelbar vereinbaren. Sie sind keine selbständigen Gruppen, sondern eine Kennzeichnung für einen Zusammenarbeitsrahmen, der das Ziel der Verbesserung der objektiven Sicherheit und die Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung verfolgt. Vornehmlich geht es dabei auch um die kurzfristige Beseitigung



von Gefahren im Straßenverkehr, von Brennpunkten der Straßenkriminalität und von so genannten „Angsträumen“. Dieser Ansatz erfordert also zuerst verstärkt tatsituativ wirkende Präventions- und Repressionsmaßnahmen konkret bezogen auf die von der Bürgerschaft als bedrohlich empfundenen „Vorboten“ der Kriminalität. Ordnungspartnerschaften sind demgemäß auch erst in zweiter Linie an der langfristigen und komplexeren Ursachenbekämpfung beteiligt.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass ein Zeitrahmen und eine schriftliche Festlegung der gemeinsamen Ziele und von Verantwortlichkeiten sowie Maßnahmen wesentliche Grundlagen für den Erfolg sind. Mit den beteiligten Ordnungspartnern sollten – wo immer es möglich ist – darüber hinaus Verfahren zur Überprüfung der Wirksamkeit der Maßnahmen abgesprochen werden.

Gibt es vor Ort einen Kriminalpräventiven Rat, so kann dieser in die Ordnungspartnerschaft eingebunden werden.

Kriminalpräventive Gremien sind Gruppen unterschiedlicher kommunaler und staatlicher Aufgabenträger, die – unter Einbeziehung engagierter Bürger und Vereine – zusammenarbeiten, um durch Vorbeugung Wirkung gegen Kriminalität zu erzielen. Sie können als dauerhaft eingerichtete Gremien mit Lenkungscharakter oder als Projektgruppen zur Lösung eines konkreten Problems beitragen.

Die Arbeit solcher Gremien richtet sich nicht in erster Linie auf die kurzfristige Beseitigung von Symptomen, sondern bezieht die Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität mit in die konzeptionellen und projektbezogenen Überlegungen ein. Hier kann eine Verbesserung der öffentlichen Sicherheit etwa durch Konzepte einer zeitgemäßen Integration von Menschen in die Gesellschaft nur längerfristig und durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten erreicht werden.

Ordnungspartnerschaften können solche Strukturen auch für ihre Zwecke nutzen und in die Umsetzung der Lösungsansätze einbeziehen. Hierdurch bekommt die Zusammenarbeit eine fundiertere Grundlage. Die enge Zusammenarbeit im Rahmen von Ordnungspartnerschaften ist in vielen Städten und Gemeinden institutionalisiert. Dies wird von den Beteiligten positiv bewertet. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Behörden und Institutionen gehen motivierter an bestehende Probleme heran, weil sie durch die Beteiligung anderer Ordnungspartner problemnahe und umfangreichere Lösungsansätze verfolgen können. Dies gilt zum Beispiel für offene Drogenszenen, wo nachhaltige Veränderungen nur durch die gemeinsame Arbeit von Polizei, Ordnungs-, Ausländer-, Gesundheits- und Sozialbehörden erzielt werden können.

Die Polizei hat den Erkenntnissen aus Bürgerbefragungen bereits in vielen Bereichen Rechnung getragen und ihre Präsenz durch den Einsatz von Fuß- und Radstreifen erheblich verstärkt. Den Wünschen nach verbesserter Ansprechbarkeit kommt die Polizei dadurch nach, dass Beamtinnen und Beamten des Wachdienstes kleine, überschaubare Betreuungsbereiche zugewiesen werden und die Einbindung des Bezirksdienstes in die bürgerorientierte Polizeiarbeit weiter intensiviert wird. So beteiligen Bezirksbeamte die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Bezirk regelmäßig an der Sicherheitsarbeit, indem sie zum Beispiel Nachbarschaften eines Wohnblocks oder eines Straßenzuges zu Sicherheitsbesprechungen einladen und über aktuelle Entwicklungen aus polizeilicher Sicht informieren bzw. relevante Probleme aufgreifen.

Nach § 13 OBG führen die Ordnungsbehörden die ihnen obliegenden Aufgaben mit eigenen Dienstkräften durch. Demgemäß verfügen die Kommunen in der Regel seit langem für bestimmte ordnungsbehördliche Aufgaben über Vollzugsdienstkräfte, die im Außendienst tätig sind. Solche Kräfte sind beispielsweise mit Aufgaben der Gewerbeüberwachung, Verkehrsüberwachung, Lebensmittelkontrolle, Überwachung von Umweltschutzbestimmungen oder der Parkaufsicht betraut.

Zur allgemeinen, bereichsübergreifenden Gefahrenabwehr im öffentlichen Raum, z. B. zur Durchsetzung örtlicher Verordnungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, werden mit besonderer Dienstkleidung ausgestattete Vollzugsdienstkräfte von verschiedenen Städten und Gemeinden erfolgreich eingesetzt.

Teilweise wird die Streifentätigkeit von kommunalen Vollzugsdienstkräften allein wahrgenommen, teilweise – soweit gemeinsames Tätigwerden in konkreten Einzelfällen erforderlich ist – in Gestalt gemeinsamer Streifengänge zusammen mit Dienstkräften der Polizei. Auch bei alleiniger Wahrnehmung durch kommunale Kräfte erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei (zum Beispiel Lagebeurteilung, Vollzugshilfe).

Kommunale Ordnungsdienste mit öffentlich sichtbarer Präsenz stärken das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Sie können deshalb wertvolle Bausteine kommunaler Ordnungspartnerschaften sein.



### Weitere Informationen

- : „Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen – Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden“ Erlass des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 9.1.1998 -IV C 2- 600/295 n. v.
- : „Kriminalitätsvorbeugung durch die Polizei“, Erlass des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 18.8.1993 (SMBL.NRW. 203010), (Kriminalpräventive Räte)
- : Broschüre „Sicherheit in Städten und Gemeinden“ des Innenministeriums NRW
- : Broschüre „Polizei Nordrhein-Westfalen“ des Innenministeriums NRW
- : Leitfaden „Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen“ des Innenministeriums NRW und des Hauptverbands des Deutschen Einzelhandels
- : Günther, Albert/Mokros, Reinhard (Hrsg.) – Sicherheit in der Stadt – Ordnungspartnerschaften zwischen Land und Kommunen, Grüne Reihe der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Nordrhein-Westfalen, Band 15
- : Ansprechpartner sind die Polizeibehörden und Stadt- oder Gemeindeverwaltungen vor Ort
- : Internet-Angebot des Landespräventionsrates ([www.lpr.nrw.de](http://www.lpr.nrw.de))
- : Internet-Angebot der Polizei NRW ([www.polizei.nrw.de](http://www.polizei.nrw.de))
- : Broschüre: „Landespreis für Innere Sicherheit 2003“ des Innenministeriums NRW
- : Broschüre: „Landespreis für Innere Sicherheit 2004“ des Innenministeriums NRW

# Chronik Ordnungspartnerschaften in NRW

**Der 24. September 1997 markiert den Start der Landesinitiative „Ordnungspartnerschaften“. Die folgende Übersicht zeigt einige Stationen auf dem Weg, der mittlerweile zu über 900 ordnungspartnerschaftlichen Projekten in 179 nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden geführt hat:**

1997

■ **24. September 1997:**

Auftaktveranstaltung in Düsseldorf mit einer Konferenz für mehr Sicherheit in Bahnen und Bahnhöfen. Eingeladen sind Polizeipräsidenten und Vertreter der Großstädte in Nordrhein-Westfalen, der Deutschen Bahn AG, der Verkehrsverbände aber auch des Bundesgrenzschutzes.

1998

■ **Januar 1998:**

In einer ersten Phase werden in den Großstädten Bielefeld, Dortmund, Hagen, Düsseldorf, Krefeld und Köln Ordnungspartnerschaften modellhaft eingerichtet.

■ **14. Januar 1998:**

Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Einrichtung von Ordnungspartnerschaften; Grundstein für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Polizei und Kommunen.

■ **11. März 1998:**

Gespräch mit Vertretern der Justiz, der Polizei- und Kommunalbehörden der Modellstädte. Ziel ist die Optimierung der Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität.

■ **02. April 1998:**

Repräsentantinnen und Repräsentanten der Städte Ahlen, Bad Salzuflen, Dinslaken, Harsewinkel, Iserlohn, Lippstadt, Overath und der Gemeinde Sonsbeck sowie die Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen Kreispolizeibehörden erklären sich bereit, als Modellstädte für den ländlichen Raum die Zusammenarbeit vor Ort in Ordnungspartnerschaften zu gestalten. Kurze Zeit später kommt noch die Stadt Frechen hinzu.

■ **15. April 1998:**

Gespräche mit dem Hauptverband des Deutschen Einzelhandels und dem nordrhein-westfälischen Einzelhandelsverband, die aktiv in die Entwicklung von Ordnungspartnerschaften eingebunden sind.

■ **22. April 1998:**

Gespräch mit Vertretern des privaten Sicherheitsgewerbes.

■ **5. Mai 1998**

Rede des Innenministers Franz-Josef Kniola vor der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Wach- und Sicherheitsdienste zum Thema „Ordnungspartnerschaften und private Sicherheitsdienste“. Bei klarer Abgrenzung der Aufgaben und Kompetenzen ist die Polizei zu einer Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsgewerbe bereit. Gemeinsame Streifen werden aber nach wie vor strikt abgelehnt, damit Verantwortlichkeiten nicht verwischt werden.

■ **26. Mai 1998:**

Auf Initiative des Innenministeriums findet im Rahmen der „Rail-tec `98“ das Forum „3.11. Sicherheit im öffentlichen Schienenpersonenverkehr“ statt. Ordnungspartnerschaften werden als besonders geeignet eingeschätzt, mit der Funktion eines Gesamtkonzeptes mehr Sicherheit umsetzen zu können.

■ **19./20. August 1998:**

Zweitägiger Kongress „Jugendkriminalität“, der sich damit befasst, Ursachen von Jugendkriminalität zu analysieren, Erklärungsansätze zu finden, Schwachstellen des Sanktionssystems herauszuarbeiten und Lösungen aufzuzeigen, wie Tätern begegnet und Opfern geholfen werden kann. Neben ordnungspartnerschaftlichen Ansätzen natürlich ein weites Betätigungsfeld etwa für die Arbeit Kriminalpräventiver Gremien, die Wissenschaft, Staatsanwaltschaft und Gerichte, Schulen und die Jugendhilfe.

■ **19. Oktober 1998:**

Start einer besonderen Ordnungspartnerschaft, und zwar des bundesweit einmaligen Pilotprojektes „ZeRP“ – Zentralstelle für regionales Sicherheitsmanagement und Prävention im Öffentlichen Per-

sonennahverkehr. Dahinter verbirgt sich eine Datenbank, in der sicherheitsbedrohliche Ereignisse an Haltestellen, Bahnhöfen und in Bahnen gespeichert werden, um Abhilfe zu schaffen. Teilnehmer sind die Städte Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Herne, Witten sowie die Verkehrsbetriebe, die Deutsche Bahn AG, die Bundespolizei und die Landespolizei Nordrhein-Westfalen.

## 1999

### ■ 17. November 1999:

Auf dem Fachkongress „Ordnungspartnerschaften und bürgerorientierte Polizeiarbeit“ tauschen nordrhein-westfälische, belgische und niederländische Behörden in Aachen ihre Erfahrungen und Erkenntnisse aus, die sie im Zusammenhang mit den Anstrengungen zur Verbesserung der gemeinschaftlichen Aufgabenwahrnehmung und bürgerorientierten Polizeiarbeit gewonnen hatten.

## 2001

### ■ 06. Juni 2001:

Durchführung eines Fachkongresses in Gelsenkirchen, mit dem Schwerpunktthema „Verbesserung der Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr“. Im Rahmen des Fachkongresses wurde der „Werkzeugkasten Prävention“ vorgestellt, der unterschiedliche Lösungsansätze für Sicherheitsprobleme im ÖPNV bietet (z.B. Einbindung jugendlicher Fahrzeugbegleiter zur Streitschlichtung bei Gleichaltrigen in Schulbussen).

Als Abschluss der zweijährigen Pilotphase „ZERP“ schlossen die dreizehn Kooperationspartner eine Vereinbarung über die Weiterführung des Projektes.

## 2002

### ■ 18.09.2002:

Mit dem in Köln durchgeführten Fachkongress „Ordnungspartnerschaften – Gemeinsam gegen Gewalt- und Jugendkriminalität“ wurden aktuelle Diskussionen zum Thema „Ursachen und Erscheinungsformen der Jugend- und Gewaltkriminalität“ nach den Ereignissen von Erfurt aufgegriffen. Verantwortungsträger von Städten und Gemeinden tauschten ihre Erfahrungen mit regionalen Handlungskonzepten zur Eindämmung oder Auflösung örtlicher Gewalt- und Jugendprobleme aus.

## 2003

### ■ 03.12.2003:

Erstmalige Verleihung des Landespreises „Innere Sicherheit, Ordnungspartnerschaften in NRW – Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden“ – im Essener Rathausaal. Ausgezeichnet werden die fünf Ordnungspartnerschaften: Essen „Gemeinsam aktiv für Essen – Sicherheit und Hilfe im gesellschaftlichen Konsens“, Autobahnpolizei Köln „Mehr Sicherheit im LKW-Verkehr“, Bochum „Zivilcourage“, Mönchengladbach „K!DS in MG – Sicher unterwegs!“ und Köln „Sicheres Köln – Projekt Netzwerk gegen häusliche Gewalt“.

## 2004

### ■ 17.03.2004:

Innenminister Dr. Fritz Behrens informiert sich vor Ort in Siegen über die Ordnungspartnerschaft „Treffpunkt Sicherheit“. Es folgen weitere Besuche des Innenministers bei erfolgreichen Ordnungspartnerschaften in Münster und Aachen.

### ■ 03.12.2004:

Verleihung des Landespreises „Innere Sicherheit 2004, Ordnungspartnerschaften in NRW – Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden“ – im Museum Bochum – Kunstaussstellung.

## 2005

### ■ 31.08.2005:

Anlässlich einer Veranstaltung mit Leiterinnen und Leitern der Polizeibehörden und -einrichtungen betont Innenminister Dr. Ingo Wolf die Bedeutung von Ordnungspartnerschaften im Rahmen der Gewährleistung öffentlicher Sicherheit und verdeutlicht die Rolle der Leiterinnen und Leiter der Kreispolizeibehörden als „Motoren für Ordnungspartnerschaften“.

### ■ 14.12.2005

Verleihung des Landespreises „Innere Sicherheit 2005“ im Rahmen des Fachkongresses „Netzwerke für öffentliche Sicherheit – Ordnungspartnerschaften“ in Bonn.





## Impressum

### Herausgeber

Innenministerium  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Haroldstraße 5  
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/871 - 01  
Telefax: 0211/871 - 3355  
poststelle@im.nrw.de  
www.im.nrw.de  
www.polizei.nrw.de

### Gestaltung

jva druck+medien, Geldern

### Fotos

Jan Potente, Jochen Tack

### Druck

jva druck+medien  
Möhlendyck 50  
47608 Geldern  
www.jva-druckmedien.de

Stand: Dezember 2005